



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > **Huml: Freistaat ist starker Partner der Kliniken im ländlichen Raum – Bayerns Gesundheitsministerin: Drei Milliarden Euro für den Krankenhausbau in der kommenden Legislaturperiode**

Huml: Freistaat ist starker Partner der Kliniken im ländlichen Raum – Bayerns Gesundheitsministerin: Drei Milliarden Euro für den Krankenhausbau in der kommenden Legislaturperiode

26. April 2018

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml hat den Krankenhäusern die weitere Unterstützung des Freistaats zugesichert. Huml betonte am Donnerstag: „Krankenhäuser sind zentraler Teil der Daseinsvorsorge. Nicht zuletzt für die nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum ist es wichtig, dass dort qualifizierte stationäre Versorgungsangebote für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehen. Die bayerischen Kliniken können auf den Freistaat als starken und verlässlichen Finanzierungspartner bauen. 2017 waren Vorhaben mit einem Gesamtvolumen von über 2,5 Milliarden Euro zur Finanzierung eingeplant, davon gut 1,5 Milliarden Euro (60 Prozent) für den ländlichen Raum.“

In seiner Regierungserklärung am 18. April 2018 hatte Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder angekündigt, für den Krankenhausbau in der kommenden Legislaturperiode über drei Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. Dies ist ein Plus von 23 Prozent gegenüber der aktuellen Situation.

Huml erläuterte: „Der Freistaat investiert schon jetzt kräftig, um die hervorragende Qualität der Versorgung in ganz Bayern zu erhalten und auszubauen. Bis heute haben wir gemeinsam mit unseren kommunalen Partnern rund 23 Milliarden Euro für die bayerischen Kliniken bereitgestellt. Ferner hat der Landtag im vergangenen Jahr beschlossen, den jährlichen Etat für die Förderung der Krankenhäuser um 140 Millionen Euro auf 643 Millionen Euro anzuheben. Das zeigt, welchen Stellenwert die Krankenhausversorgung in Bayern für die Staatsregierung hat. Dank der bayerischen Krankenhausfinanzierung haben wir eine Versorgungsstruktur in allen Regionen geschaffen, deren Leistungsniveau weit über die Landesgrenzen hinaus hohes Ansehen genießt.“

Die Ministerin betonte zugleich: „Krankenhausförderung ist eine kontinuierliche Aufgabe. Angesichts der dynamischen Entwicklungen in der Medizin und einer immer älter werdenden Gesellschaft wird der Investitionsbedarf bestehen bleiben. Deshalb wird auch der Freistaat an der stetigen und nachhaltigen Krankenhausförderung festhalten.“

Huml unterstrich: „Wichtig ist, dass unsere Krankenhäuser zukunftsfähig bleiben. Tatsächlich befindet sich die bayerische Krankenhauslandschaft seit geraumer Zeit in einem Prozess der Umstrukturierung. Grund dafür ist neben dem Kostendruck auch der medizinische Fortschritt, der dazu führt, dass die Kliniken ihre Leistungsangebote noch stärker als bisher aufeinander abstimmen müssen.“

Die Ministerin fügte hinzu: „Ausschlaggebend für den kostendeckenden Betrieb eines Krankenhauses ist dabei nicht primär die Größe oder die Lage des Hauses, sondern die Größe der einzelnen Abteilungen. Auch deshalb ist eine enge Abstimmung und Zusammenarbeit mit den benachbarten Krankenhäusern auch über Landkreisgrenzen hinweg sinnvoll. Darauf müssen die Häuser in Zukunft verstärkt setzen.“

Huml unterstrich: „Ich habe Verständnis dafür, dass die Schließung eines Krankenhauses – etwa in Hersbruck – bei den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort für Verunsicherung sorgt, wie es künftig um die medizinische Versorgung vor Ort insgesamt bestellt sein wird. Zu Hersbruck wird deshalb am morgigen Freitag ein weiteres Treffen am Dienstsitz des Gesundheitsministeriums in Nürnberg folgen. Dabei werde ich einen Vorschlag unterbreiten, wie wir den Krankenhausträger – die Krankenhäuser Nürnberger Land gGmbH – und die anderen Verantwortlichen vor Ort bei der sinnvollen Nachnutzung des Hersbrucker Krankenhauses unterstützen können, um die künftige medizinische Versorgung in Hersbruck zu sichern.“

Die Entscheidung, das Krankenhaus in Hersbruck zu schließen, hat der Krankenhausträger – die Krankenhäuser Nürnberger Land gGmbH – getroffen. Es steht in der Verantwortung der Landkreise und kreisfreien Städte, die stationäre Versorgung in ihrem Gebiet sicherzustellen und dabei gleichzeitig auf leistungsfähige Strukturen hinzuwirken.

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

